

Klassenkampfsche auf dem Leipziger Parteitag.

(Wagner Drahtbericht des „Tressen Nachrichten“)

Dittmanns Verdrehungen.

Leipzig, 9. Jan. Nachdem gestern Abend in vorgezückter Stunde noch der russische Sozialrevolutionär Abramowitz, welcher der Menschewitz-Partei angehört, das kommunistische Russland als ein bolschewistisches bonapartistisches Land bezeichnet, der Parteitag eine Proklamationsresolution gegen die Behandlung der in den Dumaschreit eingetretenen Sozialrevolutionäre Russlands angenommen und Adler (Wien) verlesen hatte, daß die österreichische Sozialdemokratie sich von Tag zu Tag mehr als einen Teil der deutschen Arbeiterklasse fähig, wurde heute in die Erörterung der Probleme eingetreten, die dem diesjährigen Parteitag sein Gepräge geben:

Die Koalitionspolitik, die Einigung des Proletariats und die Steuerfragen.

Zunächst nimmt der Parteitag auf Antrag von Rosenfeld eine Resolution an, in der die Annäherung und sofortige Verschmelzung aller zu Freiheitskämpfen verurteilten revolutionären Sozialisten gefordert und gegen die Ausweitung ausländischer Sozialisten protestiert wird, insbesondere solcher, die wegen politischer Verbrechen verurteilt werden. Sodann ergriff der Reichstagsabgeordnete Dittmann das Wort. Er führt u. a. aus: Wenn wir eine Revision des Gewaldfriedens betreiben, so liegt es an der Spitze des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums und des Reichstages, und nicht an der Spitze der Arbeiter und der Arbeiterparteien. Die Revision des Gewaldfriedens ist die internationale Kapitalismus gegen den internationalen Sozialismus. Der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus ist die gemeinsame Aufgabe, die das Proletariat aller Völker in die erste Linie stellen muß. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Umwandlung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt in und bleibt die Aufgabe der U. S. P. D. Aber auch im sozialistischen Lager werden die Richtungen des Programms der U. S. P. immer mehr als richtig anerkannt. Bei den mehrheitlich sozialistischen Arbeitern ist seit Jahr und Tag

eine entschiedene Radikalisierung.

eine Annäherung an unsere Politik unvermeidbar. Der Grund dafür ist in dem Zusammengehen dieser Partei mit den bürgerlichen Parteien zu finden. Diese haben die mehrheitlich sozialistische Partei in ihren eigenen Reihen stark isoliert. Der Werk man hat, welche die Arbeiter der sozialistischen Partei sind. Der Lohn der Arbeiter wurde in die Hand von Generalen geleitet, der die Arbeiter des Proletariats sind. Eine sozialistische Politik als heute das es alle in Deutschland machen. Auf dem Wege der Volksbildung in der Richtung zur und zur Arbeiter. Sie sind die besten Klassen des Volkes, den die U. S. P. D. überlassen werden, unter Schutze der bestehenden Klassen, als gegenwärtig. Wir haben keine Alternative. Sie ist nicht in der Hand der Sozialdemokratie. Mit Marx wird von den Arbeitern die Politik der Sozialdemokratie gemacht. Die U. S. P. D. hat ihren vormaligen Sinn in die Richtung der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Nach unserer Auffassung ist auch heute ein Zusammengehen der sozialistischen Parteien in einer Koalition mit kapitalistischen Parteien unmöglich. Wohl kann es ein Zusammengehen von Fall zu Fall geben. Das ist aber nicht Neues. Das war immer die Politik des Sozialismus. Nicht Klassenharmonie, nein, Klassenkampf ist die Politik. Das ist der Geist, der uns erfüllt. Es, wenn, wie und wo einmal in einem späteren Stadium der Entwicklung eine Koalition in einem politischen bürgerlichen Parteien möglich ist, ob ein bürgerliches Regime einer proletarischen Diktatur denkbar ist, darüber haben wir uns heute den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben mit beiden Äußen auf dem Boden der Gegenwart und der Zukunft und werden keine Felleiserauflage. Die Sozialdemokratie einer sozialistischen Regierung behält nach der Revolution wiederholt, aber all, Übergabebrief sind verfallen worden durch die Haltung der sozialistischen Parteien. Aus heute noch ist die mehrheitlich sozialistische Politik nicht die Einigung des Proletariats. Sie ist aber eine allgemeine Notwendigkeit. Sie muss kommen und sie wird kommen, aber es ist praktisch nur möglich, wenn die sozialistischen Parteien auf dem gleichen Boden stehen. Erst wenn

die Mehrheitssozialisten und die Kommunisten zurückgeführt sind auf den Mutterboden des proletarischen Klassenkampfes, sind die Vorbedingungen dafür gegeben. Anzumerken haben sich in verschiedenen Ländern.

Die Arbeitergemeinschaften sozialistischer Parteien gebildet, so in Sachsen und Braunschweig. U. a. sind gemeinschaftliche Listen der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten bei den Wahlen aufgestellt worden. Wir sind überzeugt, daß der Parteitag dem zustimmen wird. So wird sich allmählich die Atmosphäre vorbereiten, in der man die Einigung des Proletariats als etwas Naturnotwendiges erwarten muß.

Es folgt der Bericht der Reichstagsfraktion durch Reichstagsabgeordneten Dente, der dem Hauptstaatssekretär des Reichstages angehört. Bemerkenswert in dem Bericht war die wiederholte Betonung, daß die unabhängige Partei sowohl dem unterzeichneten Friedensvertrag als auch dem von London Ultimatum zugestimmt habe. Man habe gehofft, daß die Leute endlich die Unersättlichkeit ihrer Forderungen einsehen werde. Wie recht man gehabt, sehe man heute, wo man dabei sei, den Gewaldfrieden zu revidieren. (?) Man habe von zwei Hebeln des Friedens wählen müssen. Der Vorwurf, die U. S. P. D. habe sich von der gegenwärtigen Regierung im Zehnerplan nehmen lassen, trifft nicht zu. Von allem Anfang an habe man erklärt, daß man nur dann zur Verfügung stehe, wenn die Forderungen der U. S. P. D. erfüllt wurden, daß man sich aber fern halten würde, wenn dies nicht der Fall sei.

In der Nachmittags Sitzung ergriff Dittmann den Bericht der Programmkommission. Er begann mit der Erklärung, daß er noch nicht in der Lage sei, ein Programm vorzulegen. Die Arbeiten der mit dieser Aufgabe betrauten Kommission seien noch nicht so weit gediehen, aber Teilprogramme sollten veröffentlicht werden: ein Programm und ein Parteiprogramm. Die Vorgänge in Halle hätten außerordentlich hemmend gewirkt. Auch Dittmann ist der Überzeugung, daß die U. S. P. mit der Mehrheitssozialistischen Partei sich noch nicht zusammen schließen, daß man mit ihr aber von Fall zu Fall Verbindungen eingehen könne. Von Bedeutung waren die Neuerungen Dittmanns über die Stellung der U. S. P. zur Frage der Diktatur des Proletariats.

Er lehnte entschieden die Auffassung Lenin ab, daß die Diktatur des Proletariats eine Voraussetzung sei, die an keinerlei Gesetz gebunden sei.

Es ist, führt der Redner fort, sehr wohl möglich, Gewalt anzuwenden, ohne deshalb in terroristische Unterdrückungsmethoden zu verfallen. Für Gewaltanwendung sind wir unter Umständen auch. Das haben wir durch die Tat bewiesen, als wir die monarchistischen Einrichtungen zurückwiesen, und wir würden, wenn die historische Entwicklung es noch fordern sollte, immer wieder in derselben Weise Gewalt anwenden. Das betone ich mit aller Entschiedenheit: Wenn die kapitalistischen Parteien Gewalt gegen uns anwenden, werden wir der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen.

Wir werden Gewalt anwenden.

wenn eine revolutionäre Notwendigkeit und wieder dazu zwingt und das erst recht, wenn sich die sozialistischen Parteien zu einer einzigen revolutionären Klassenpartei wieder zusammenschließen haben. Wenn es uns dann gelungen ist die Macht zu ergreifen und zu behaupten, dann werden wir die Diktatur des Proletariats auch in Deutschland haben. Der falsche Leninische Diktatur möchte ich die folgende entgegenlegen: Die Diktatur ist die entscheidende Machtbetätigung, sei es einer einzelnen Person, einer Gruppe oder einer Klasse gegen jeden Widerstand und Widerstand. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob diese Machtbetätigung ausgeübt wird unter der Diktatur oder sonstwie. Das Entscheidende ist, daß es eine Machtbetätigung ist, die jeder Widerstand beseitigt und jeden Widerstand bricht und zur Anwendung aller Machtmittel greift, die das Proletariat beschaffen hat und in Zukunft beschaffen wird.

Es folgte dann eine Aussprache, an der sich u. a. Franz Jien beteiligte. Die beiden französischen Gäste Grambow und Paul Raure versicherten nochmals unter härtestem Befehl die deutschen Sozialisten der Sympathie der Genossen in Frankreich. Diese würden, obwohl selbst gezwungen, alles daransetzen, ihnen zu helfen und die Kräfte zu überbrücken, die der imperialistische Weltkrieg zwischen beiden Völkern gerissen habe.

Der Zutritt des Reichstages.

Berlin, 9. Jan. An dem ursprünglichen Plan über die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstages, wie er vor Weihnachten festgesetzt wurde, hat sich bis jetzt nichts geändert. Die nächste Plenarsitzung wird also am 19. Januar stattfinden. Zunächst hängt alles von den Ergebnissen der Verhandlungen in Genes ab. Die werden zunächst in den Fraktionen und in den Steuerkommissionen besprochen werden müssen, so daß die Plenarsitzung frühestens am 19. Januar werden stattfinden können.

Demokratisches Bekenntnis zur Einheit des Reiches.

Zintgraff, 9. Jan. Auf der Vordemokratik der schwebenden Verträge erklärte der Vordemokratik der Vordemokratik Dr. Dittmann in seiner Rede u. a.: Unterwerner, besonders die im Westen, hoffen noch immer auf eine Vereinigung Deutschlands, gerade mit im Süden antworteten ihnen: Sie mögen die Hoffnung aufgeben. Die Einheit des Reiches geht uns über alles. Der einzige Weg, den wir zur Wiederaufnahme des Reiches im Innern sehen können und auch weiter gehen müssen, ist die Demokratie im staatsbürgerlichen Sinne.

Der Zentrumsparteitag in Berlin.

Berlin, 9. Jan. Vom 15. bis 17. Januar wird im Reichstagsgebäude der diesjährige Parteitag der Zentrumsabgeordneten abgehalten werden. Die Verhandlungen beginnen am Sonntag vormittag mit einem Bericht des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Warr, über die politische Lage. Am 16. Januar findet eine geschlossene Sitzung statt, bei der über die Parteiorganisation und den Vorlauf der neuen Kandidaten der Zentrumsabgeordneten beraten werden sollen. Die programmatische Resolution der Parteitagung soll am Dienstag in einer öffentlichen Sitzung des Parteitag durch eine Rede des Professors Dr. Raas über die Ziele und Ideale des deutschen Zentrums der drei Leitsätze erklärt werden. Es folgen dann noch die Wahlen des Reichsvereinsvorstandes und des Reichsparteiausschusses.

Beginn der deutsch-letischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 9. Jan. Im Auswärtigen Amt fand unter Leitung des Staatssekretärs v. Zimmer die erste Sitzung der deutsch-letischen Wirtschaftsverhandlungen statt.

Magnahmen zur Verorgung der Zeitungen mit Druckpapier.

Berlin, 9. Jan. Im Reichsvereinsministerium wurde gestern auf Veranlassung der Vereinigung großhändlerischer Zeitungsverleger eine Besprechung über die Sicherung der Verorgung der Presse mit Zeitungsdrukpapier veranstaltet. An den Besprechungen nahmen teil der Reichsvereinskommission, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Verbandes deutscher Druckpapiersfabriken und der Vereinigung großhändlerischer Zeitungsverleger, e. S. Unter dem Vorsitz des Geh. Staatssekretärs wurde in eingehender Aussprache die augenblickliche Lage der Verorgung der Zeitungen dargelegt. Der Vorsitzende gab im Auftrage des Ministers bekannt, daß nach Reichs-

vereinsministerium die nachgeordneten Stellen angewiesen worden seien, unter allen Umständen die nötige Zahl von Wagons zum Transport von Zeitungsdrukpapier zu stellen. Zweitens, daß im Notfalle unbedingt Zeitungsdrukpapier in Glattbergen zu beschaffen sei. Drittens, daß telegraphische Meldungen an die Empfangsstellen erfolgen sollen. Ferner sprach der Vertreter des Reichsvereinsministeriums die Verzichtsbilligkeit aus, den Eisenbahndirektionen anzuschreiben, im Falle der Verlegung von Sperrung eine Ausnahme für Zeitungsdrukpapier einzutreten zu lassen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Notwendigkeit der Verorgung von Zeitungsdrukpapier in den Verbrauchszentren hin und stellte dabei die Beihilfe des Reichsvereinsministeriums in Bezug auf die Beschaffung von Wagons in Aussicht. Außerdem sagte er die Stellung von Sonderwagen zu, soweit der Verkehr zwischen den Zellstoffwerken und den Druckpapiersfabriken übernahm sei. (S. T. B.)

Kein Mordanschlag in der Angelegenheit van den Kerckhoff.

Wagene Information der „Tressen Nachrichten“ Berlin, 9. Jan. In der Presse ist die Erörterung eines Mordanschlags im Landversteckgebäude in Oberfeld die Vermutung ausgesprochen worden, daß bei dieser Gelegenheit die Aktien betreffend das Strafverfahren gegen den deutschnationalen Abg. van den Kerckhoff gestrichen seien. Diese Vermutung ist nach dem amtlichen deutschen Pressekommunikat unzutreffend.

Die Annahme des englisch-irischen Vertrags im Dail Eirean.

London, 9. Jan. Die Abstimmung des Sinnfeinparlaments in Dublin über den englisch-irischen Vertrag, die, wie bereits gemeldet, eine Mehrheit von sieben Stimmen für den Vertrag ergab, fand unter großer Erregung statt. Der Sprecher teilte das Ergebnis zuerst in gälischer Sprache und dann in englischer Sprache mit. Die Kunde davon erreichte bald die vor dem Gebäude wartende Menge, die in große Beifallstundebrocken ausbrach. Der Vater teilte dem Sinnfeinparlament formell seinen Rücktritt mit und erklärte, er werde heute eine Versammlung seiner Anhänger abhalten. Laut „Weekend Dispatch“ würde Griffith, der Führer der Ratifikationspartei, De Valera natürlicher Nachfolger werden. — Die Nachricht von dem Weichlich des Sinnfeinparlamentes wurde in London, sobald sie in den großen politischen Klubs, in den Theatern usw. bekannt wurde, mit großer Genugtuung aufgenommen. Man erwartet, daß die Bildung einer neuen irischen Regierung in einigen Tagen erfolgen werde. Die Presse teilt die allgemeine Zufriedenheit.

Eine Niederlage der bolschewistischen Truppen.

Kopenhagen, 9. Jan. Nach einer hier vorliegenden Nachricht haben die antibolschewistischen Truppen in Ostböhmen die Stadt Nikolajew und Zaratupsk befreit und der Bolschewiken 70 Wagen von Rakusik eine Niederlage gebracht. (S. T. B.)

Weder sagt niemand an ihm den Verfallenschein willkürlich edelmütiger Quantität geben, den er sich geben möchte, edelmütig wie Frankreich in dem englischen Verfall auf deutsche Forderungen etwas anderes erblickt, als den Ausfluß englischen Interesses. Und George hat sich mit den Varianten auf den falschen Weg drängen lassen: denn nicht in der Verwirrung der deutschen Konturrenz liegt das Heil Englands. Sie aber haben die Bedingungen hauptsächlich zum Ziel. Das gilt in erster Linie von der Forderung der Beibehaltung aller „Subventionen“ und „Subsidien“ an die deutsche Industrie. Glaubt man wirklich in England durch eine Angleichung der deutschen Kohlenpreise an die Weltmarktpreise etwas anderes zu erreichen, als eine gewaltige Erhöhung des deutschen Wirtschaftslivens? Der Weg war vielleicht einmal gangbar, und war als solcher auch von dem Erfüllungsausschuß in Aussicht genommen, als der Dollar auf 16 stand. Wenn würde der Gegenwert der Reparationskosten beträchtlich herabgesetzt werden, oder wenn heute bei einem Dollarkurs von 16 2/3 der Preis der Inlandkohle auf das Niveau des Weltfriedenswertes herabgesetzt wäre, dann würden sämtliche deutschen Produkte, die gegen die deutsche Verbrauchsleistung in ihren Kosten im Ungleichgewicht, ganze Industrien würden lahmgelegt werden, die Arbeitslosigkeit lächerlich ansteigen und Volkswirtschaft schwerer Verlust der Wirtschaft aus dem Gleichgewicht bringen. In anderer Richtung wirkt die Forderung, die deutschen Reparationskosten durch eine Aufhebung ihrer Tarife bis zur Höhe der Tarife in anderen Ländern zu senken. Wir haben eben erst die Möglichkeit erlangt, den Reparationskosten der Tariffrage im Eisenbahnbereich. Das ist ein neues Anzeichen der Tarife in einer Blödsinn und in einem Ausmaß, wie sie die Volkswirtschaft bisher noch nicht kennt, das Gegenteil einer Unterwerfung, vielmehr eine Erdrückung des ganzen Verkehrs, und in Verbindung mit der Kohlenpreisverhöhung die gesamte Grundlage unseres Wirtschaftslivens untergraben würde, dabei seiner Erhaltung. Dazu kommt die neue schwere Gefahr, daß auf diese Weise die Kohlenpreise, die Stadt und Portos und damit alle Inlandpreise unmittelbar und in noch viel höherem Maße als bisher den verhältnismäßig hohen Anforderungen des Weltmarktes ausgesetzt werden und damit eine Unmöglichkeit in das deutsche Wirtschaftslivens läßt, die aus einer Wirtschaftskrise in die andere treiben müßte. Die Aufhebung der Reichsunterschätze für Reparationskosten des Reiches hat die Regierung bereits in Aussicht genommen und eine Erhöhung des Zinsfußes im Ausland angedroht. Man muß dann noch die Forderung, daß die Reparationsleistungen zum Wiederanbau unserer Vorkriegsstände beizubehalten und die deutschen Güter auf der Weltbasis herabzusetzen müssen, so kann man sich die Tendenz dieser englischen „Garantien“ klar machen. Aber England wird dadurch nicht aus seiner Wirtschaftskrise herauskommen, die die Verletzung in Deutschland zu nie ersehnter Höhe anziehen wird. Die englische Wirtschaftskrise wird dadurch nicht befristet werden, daß in Deutschland ein neues Gesetz von Arbeitslosen entworfen. Der praktische Erfolg dieser unheimlichen Maßnahmen kommt nur der sein, daß neben der Arbeitslosigkeit in England eine allerdings wohl noch größere in Deutschland heranzuziehen wird.

Wenn George sich diese Gefahr nicht klar macht, so wird er, er nicht nur unglücklich, die verheerenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft durch eine Kontrolle der Reparationsleistungen und ein Verbot des Vorkriegsstandes zu machen. Wenn man es auch unter Beachtung der in ihm von uns nicht gefordert werden, daß der Reparationsplan bilanzierter und dann energisch auf eine Einleitung der Reparationsleistungen gedrückt werden muß. Diese Forderung aber gewaltig herabzusetzen zu wollen, ist ein Verbrechen, das nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern auch für die deutsche Wirtschaft ein Verbrechen ist, als von uns aus Stelle der anderen Reparationsleistungen erhöhte Zahlungen an den Reparationsleistungen. Man sollte sich vor Augen setzen, daß die Reparationsleistungen für die deutschen Reparationsleistungen und die anderen Reparationsleistungen können nur aus dem Ausland von 12 1/2 Milliarden kommen. Die Reparationsleistungen mit dem Reich der Reparationsleistungen und dabei die Forderung der Zahlungsmittel, müßte es machen, daß die Entscheidung der deutschen Reparationsleistungen nur die Zahlungen in deutscher Währung zu machen müßte, daß das zwar nicht ohne ein neues Gesetz der Anleihe abgibt, das die Anleihe aber gegenüber den früheren Anleihen der Reparationsleistungen ein neues Hebel ist. Wenn man sich eine wesentliche herabgesetzte Zahlungen machen müßte, so ist damit ein Stillstand der Reparationsleistungen nicht vereinbar, ohne daß der neue deutsche Reparations- und Zahlungsapparat ins Stocken kommt.

Und das alles, um einen Zahlungsausfall von zehn Monaten zu vermeiden. Obwohl der Reparationsplan nicht in Genes nicht mehr funktionierende, Wären, und von einem unangenehmen Einkink der Welt ist in Genes nichts zu erwarten, wird auch so lange nicht in merken sein, bis die Verhältnis in den Genesländern eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage herbeiführen und sie nicht lediglich mehr als ein Subhandelsobjekt im englisch-französischen Bereich stehen lassen. Und selbst bei alledem nur noch die schmale Hoffnung, daß es unteren Vertretern in Genes zelingen möchte, die Reparationsforderungen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken und sozusagen einen Teil von demselben Beile abzumenden.

Amerikas Beteiligung an der Wirtschaftskonferenz.

Vorher Besprechung der Landwirtekräfte? London, 9. Jan. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington: In offiziellen Kreisen wurden die Staatssekretäre Mellon und Hoover als die führenden Männer der amerikanischen Delegation für die Wirtschaftskonferenz in Genes genannt. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet die Annahme der Einigung zur Wirtschaftskonferenz durch die Vereinigten Staaten werde keineswegs bedingungslos sein. Die amerikanische Regierung werde das Programm der Konferenz kennen lernen wollen. Vor der Vertretung entsende Amerika fürchte, daß die wirtschaftliche Erörterung auf der Konferenz, an der teilzunehmen es bereit sei, in einen politischen Streit ausarten könnte. „Morning Post“ meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung werde von einer Verminderung der Landwirtekräfte abhängig gemacht. Die Vereinigten Staaten würden aber der Entscheidung der von Frankreich einem anderen Lande geschilderten Zahlen nicht zustimmen. (S. T. B.)

Ein Automobilunfall des amerikanischen Botschafters Havoc.

Genes, 9. Jan. Über Havoc, der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, wurde heute vormittag das Opfer eines Automobilunfalls. Ein Automobil, in dem er mit dem Chefredakteur der „Times“ Edward sah, sich befand mit einem anderen Auto zusammen. Havoc und Edward wurden in ihr Hotel gebracht, wo die Ärzte feststellten, daß sie keine inneren Verletzungen erlitten hatten, aber einige Tage der Ruhe bedürfen. (S. T. B.)